

Armut, Einwanderung und sozialer Zusammenhalt

August Gächter, 2010-06-23

Wann ist der soziale Zusammenhalt in Gefahr?

Beim Europäischen Gipfel in Laeken, einem Vorort von Brüssel, im Jahr 2001 wurde ein Vorschlag angenommen, Armutsgefährdung, manifeste Armut und einige andere Begriffe in der EU einheitlich zu definieren und zu messen (siehe Atkinson et al 2002). Dahinter stand die Sorge um den sozialen Zusammenhalt in den einzelnen Mitgliedsländern. Mit „sozialem Zusammenhalt“ meint man, dass die Mitwirkenden einer Gesellschaft trotz sozialer Ungleichheit nicht gegeneinander arbeiten. In einer Gesellschaft, wie der österreichischen, trifft man im Wesentlichen drei Schichten an, die sich einigermaßen deutlich gegeneinander abgrenzen und leicht in die Situation kommen können, einander Vorwürfe zu machen. Sie kreisen um die Frage, wer wem etwas wegnehme, zur Last falle, Privilegien genieße, nicht arbeite, nicht nach besten Kräften zum Gemeinwesen beitrage, stehle, kriminell sei, die Moral gefährde, sich unmöglich verhalte, die Kinder falsch oder gar nicht erziehe usw.

Die Mittelschicht versucht daher stets, ausreichenden Abstand von der Unterschicht zu halten, nicht nur sozial, sondern auch räumlich und sprachlich. Dass der soziale Zusammenhalt bedroht sei, ist ein Synonym, um nicht zu sagen ein Euphemismus, für das Gefühl, die Armut vermehre sich. Hier ist auch das Zuhause der Ängste, die von sichtbarer Armut ausgelöst werden. Ängste ziehen immer teils Fluchtverhalten und teils Aggression nach sich, je nachdem, was man sich leisten kann und was durchsetzbar ist.

Dass Armut fremd macht, ist eine verbreitete Erfahrung, und zwar auf beiden Seiten. Sie gilt auch für Reichtum, aber nicht auf dieselbe schmerzliche Art und Weise. Reiche können einsam und zugleich berühmt und beneidet sein. Armen wird dieses Paradox kaum passieren. Freundschaften und selbst Familien lösen sich auf, wenn die Unterschiede im Wohlstand, in der Bildung oder anderem zu groß werden. Man kann nicht mehr glaubwürdig zueinander sprechen.

Wo eine breite Mittelschicht existiert, ist der soziale Zusammenhalt normalerweise kein großes Thema. In Österreich, etwa, rechnen sich drei Viertel der Bevölkerung dazu. Anders in Großbritannien, wo sie in eine „working class“ und eine „middle class“ zweigeteilt ist, die sich misstrauisch beäugen. Die Sorge um den sozialen Zusammenhalt kommt verständlicherweise eher aus Staaten mit deutlicherer Polarisierung zwischen einer Ober- und einer Unterschicht. Vor 100 Jah-

ren war die Lage viel bedrohlicher als heute, obwohl in den letzten 20 Jahren die Ungleichheit in Europa, jedenfalls die der Einkommen, wieder zugenommen hat, im Gegensatz zu den USA, wo sie vor allem in den 1980er Jahren angestiegen war.

Armut als soziale Ungleichheit

Um die Laeken Indikatoren, wie sie seither genannt werden, für Armutsgefährdung, manifeste Armut und anderes mehr berechnen zu können, wird jährlich in der ganzen EU eine Befragung durchgeführt. Sie heißt „EU Statistics on Income and Living Conditions“ (EU-SILC). In Österreich wird sie von der Bundesanstalt Statistik Österreich durchgeführt, die jeweils gegen Ende des darauf folgenden Jahres einen Bericht veröffentlicht, der im Internet kostenlos zur Verfügung steht (zuletzt: BMASK (Hg) 2009; davor z.B.: Till u.a. 2008). Darin sind auch die Ergebnisse aus anderen EU Mitgliedsländern im Überblick enthalten. Eurostat bietet auf seiner Website Zugang zu Tabellen und zu allen Materialien und für Forschungszwecke kann man sich die Daten der Befragung auf CD kaufen, sowohl von der Bundesanstalt Statistik Österreich wie von Eurostat.

Die Laeken Indikatoren messen nicht den sozialen Zusammenhalt, auch nicht eigentlich Armut, sondern die soziale Ungleichheit. Armut als solche wird „absolute Armut“ genannt. In den Laeken Indikatoren der EU kommt sie nicht vor. Sie spielt im Indikatoreninventar der Weltbank seit Mitte der 1990er Jahre eine sehr große Rolle und zwar als Kaufkraft von weniger als 2 US Dollar pro Tag und Kopf. In der EU geht es stattdessen um den Unterschied zwischen den besser Situierten und den weniger gut Gestellten, also um relative Armut. Das ist ein anderer Ausdruck für Einkommensverteilung. Wenn man auf diese Weise die Armutsgefährdung misst, so misst man die Verteiltheit der Einkommen in einer Gesellschaft und bei manifester Armut mit Einschränkungen auch ansatzweise die Verteiltheit des Besitzes. Armut, wie sie in den Laeken Indikatoren vorkommt, besagt überhaupt gar nichts über den Wohlstand einer Gesellschaft, sondern ausschließlich über seine Verteilung. Wenn alle gleich wenig haben ergibt das in den Laeken Indikatoren dasselbe Ergebnis wie wenn alle gleich viel haben. In Laeken wurde 2001 auch der Vorschlag angenommen, Armutsgefährdung anhand des mittleren Einkommens zu messen. Das mittlere Einkommen ist nicht das durchschnittliche Einkommen, sondern jenes, über dem die eine Hälfte und unter dem die andere Hälfte der Einkommen liegt. Armutsbedrohung liegt dann vor, wenn ein Haushalt nur höchstens 60% des mittleren Einkommens erreicht, wobei berücksichtigt wird, in welchen Verhältnissen sich der Haushalt aus Erwachsenen und Kindern zusammensetzt (Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen). In Österreich betrug das mittlere Haushaltsäquivalenzeinkommen 2007 netto €19.011 jährlich. Davon 60% sind €11.407. Das war 2007 die Schwelle der Armutsgefährdung. Die Armutsgefährdeten kamen 2007 auf ein mittleres Haushaltsäquivalenzeinkommen von netto €9.660, also fast genau die Hälfte der €19.011.

Über die Jahre ist in Österreich ganz stabil annähernd ein Achtel der Bevölkerung armutsgefährdet, also zwischen 12% und 13%. Das trifft auch auf die meisten Bundesländer annähernd zu. In Wien ist der Anteil möglicherweise niedriger, nämlich nur etwa 8%, in Vorarlberg möglicherweise höher, nämlich etwa 18%, aber die stichprobenbedingte statistische Unsicherheit lässt hier keine definitive Aussage zu. Wie die Bevölkerung seit 2001 um mehr als 300.000 angewachsen ist, ist auch die Zahl der Armutsgefährdeten auf mehr als eine Million angewachsen. 2007 waren davon 183.000 vollzeit- und 64.000 teilzeitbeschäftigt, 232.000 waren in Pension, 101.000 arbeitslos, 155.000 im Haushalt, 76.000 in Ausbildung und die restlichen 207.000 waren unter 16 Jahre alt. Die Beschäftigten machen also fast ein Viertel und die Pensionierten fast ein weiteres Viertel der Bevölkerung in armutsgefährdeten Haushalten aus. Während von den österreichischen Staatsangehörigen 11% in Haushalten mit Armutsgefährdung lebten, waren es bei den Staatsangehörigen von EU und EFTA Staaten 17% und von nicht-EU-Mitgliedern 30%. Die letzteren machen somit zwar nur 7% der Bevölkerung, aber 18% der Armutsgefährdeten aus.

Unter den 27 EU-Staaten ist das österreichische Achtel der sechsniedrigste Wert, praktisch gleichauf mit Slowenien, Ungarn und Dänemark, aber höher als in der Slowakei, in Schweden, in den Niederlanden und in Tschechien (Till u.a. 2009:221).

Von 2004 bis 2007 waren 15% der Bevölkerung in einem Jahr, 6% in zwei Jahren, 3% in drei Jahren und ebenfalls 3% in allen vier Jahren armutsgefährdet. Zusammengezählt sind das 27%, also mehr als ein Viertel der Bevölkerung, die zwischen 2004 und 2007 kürzer oder länger als armutsgefährdet galten. Von der Bevölkerung ohne EU Staatsangehörigkeit waren sogar 49% betroffen, darunter aber 42% in nur einem oder zwei der vier Jahre. Einwanderinnen und Einwanderer leben also gegenwärtig zu großem Teil am Rand der Armutsgefährdung, bilden aber keine verfestigte Schicht von Armen (Till-Tentschert u.a. 2009a:116; Lamei/Till-Tentschert 2010).

Bei was sparen die armutsgefährdeten Haushalte? 2008 lebten 14% der armutsgefährdeten Bevölkerung in einem Haushalt, der sich aus finanziellen Gründen keinen DVD Spieler leistete, 16% keinen PC, 21% kein Internet, 21% keine Geschirrspülmaschine, 24% keinen PKW. 19% der armutsgefährdeten Bevölkerung lebten in Haushalten, die sich mindestens drei der fünf nicht leisteten. Dasselbe traf auf nur 3% der Bevölkerung in nicht armutsgefährdeten Haushalten zu. Diese 3% – das sind rund 232.000 Personen – könnten sich auf dem Weg in die Armutsgefährdung befunden haben oder aus ihr heraus oder hatten vielleicht nur eine kurzfristige Haushaltskrise zu durchtauchen.

Außer für Armutsgefährdung gibt es auch einen Laeken Indikator für „manifeste Armut“. Er gibt an, wie groß der Teil der Bevölkerung ist, der in Haushalten lebt, die nicht nur das Kriterium für Armutsgefährdung erfüllen, sondern die außerdem angeben, sich im Moment mindestens zwei

einer Reihe von Gütern und Dienstleistungen nicht leisten zu können: Urlaub zu machen, mindestens jeden zweiten Tag Fleisch oder Fisch zu essen, neue Kleidung zu kaufen, die Wohnung angemessen warm zu halten, eine unerwartete Ausgabe von €900, einen notwendigen Arztbesuch, einmal pro Monat Freunde oder Verwandte einzuladen, oder mit Rückzahlungen, Miete oder Wohnnebenkosten im Rückstand zu sein. Betroffen waren in Österreich zuletzt 492.000 Personen, also etwa 6% der Bevölkerung (jede/r Siebzehnte). Unter der Bevölkerung mit österreichischer Staatsangehörigkeit betraf es 5%, unter jener mit EU/EFTA Staatsangehörigkeit 9%, unter jener ohne EU/EFTA Staatsangehörigkeit aber 18%.

Alternativen und Ergänzungen

Amartya Sen, der ab den 1970er Jahren viel dazu beitrug, der sozialen und auch der politischen Ungleichheit in der Ökonomie und der Politik als Thema Ansehen zu verschaffen, und der 1997 mit dem Nobelpreis ausgezeichnet wurde, würde sagen, es gehe um die tatsächlichen Möglichkeiten oder Freiheiten, die jemand im Leben verwirklichen kann. Alles andere ergebe sich dann mehr oder minder von selbst. Beispielhaft zählte er dazu effektive Möglichkeiten der politischen Partizipation, der Beteiligung an wirtschaftlichen Aktivitäten und den dabei erzielten Erlösen, des Erwerbs von Bildung und Ausbildung, des Zugangs zu gesundheitsförderlichen Dienstleistungen, der Information und der Öffentlichkeit von politischen und administrativen Angelegenheiten, und des Zugangs zu Hilfe und Unterstützung vor und nach dem Ende des Erwerbslebens, bei Einkommensausfällen und in Notfällen (Sen 1999). Die Laeken Indikatoren werden dem nur ganz am Rande gerecht. Sie messen nur das Ausmaß der Beteiligung an den Erlösen aus wirtschaftlichen Aktivitäten nebst einzelner sozialer Folgen einer unzureichenden Beteiligung. Wirkliche Kritik an den Laeken Indikatoren als solchen wird daraus nicht. Es zeigt sich nur, dass es falsch wäre, relative Armut mit ihnen allein zu messen. Man sollte zusätzlich auch die effektive Teilhabe an einer Reihe anderer Lebensbereiche berücksichtigen. In einigen davon, etwa der Bildung oder der sozialen Sicherheit, erlaubt die amtliche Datenlage die Berechnung und Darstellung aussagekräftiger Indikatoren, in anderen ist das nicht der Fall. So werden, etwa, die politische Partizipation und die öffentliche Transparenz bislang von privaten Vereinen gemessen, teils auf der Grundlage eher impressionistischer Daten. In diesen Bereichen kann aber eine Bevölkerung oder können Teile einer Bevölkerung – auch in Europa – ausgesprochen arm dastehen. Dennoch, das Einkommen ist aller Wahrscheinlichkeit nach ungleicher verteilt als alles andere, außer vielleicht der Besitz, und insofern sind die Laeken Indikatoren eine sehr wichtige Ergänzung des Wissensstandes in Europa. Es sollten nun weitere Schritte gesetzt werden, um ein umfassenderes, aktuelles und zutreffendes Bild der relativen Armut in Europa haben zu können.

Das Sozialministerium merkte zu dem unveränderlichen Achtel an Armutsgefährdeten an, dass das wohl nicht die ganze Wahrheit sein könne. Es möchte neben oder statt der Verteilung der Einkommen gerne die Verteilung der Bildung, Ausbildung, Beschäftigung, Gesundheitsversorgung, Pflege und sozialen Dienste berücksichtigt sehen, da in diesen Bereichen sehr wohl Verbesserungen zu beobachten seien (BMASK 2009). EU-SILC bietet dazu in ganz bewusster Vorsorge für nationale Ergänzungen des Indikatorprogramms die Möglichkeit (Atkinson u.a. 2002). Dennoch wäre es angebracht gewesen, anlässlich des zehnjährigen Bestehens des Katalogs der 16 Laeken Indikatoren auf EU-Ebene einen Entwicklungsschritt zu unternehmen. Dem standen andere dringende Anliegen entgegen. Alles gleichzeitig geht nicht. Es wird aber wohl noch kommen.

Wollte man statt der sozialen Ungleichheit die Stärke des sozialen Zusammenhangs direkt messen, so böte sich anderes an. Man könnte die Häufigkeit von sozialer Militanz zählen. Dazu wäre nötig, sagen zu können, wo die Grenze zwischen Militanz und anderem Verhalten liege, und wo zwischen sozialer Militanz und anderer Militanz. Es müsste auch die Frage geklärt werden, ob man Veranstaltungsanmeldungen zählen wolle, Pressemitteilungen, polizeiliche Anzeigen, gerichtliche Verurteilungen oder was. Könnte Graffiti dazugehören? Die Klärung wäre grundsätzlich machbar, wurde aber bislang von staatlicher Seite nicht ins Auge gefasst. Eine zweite direkte Herangehensweise an die Messung des sozialen Zusammenhalts wurde durch ein Traktat von Robert Putnam (1993) von Harvard populär, und zwar unter dem Stichwort „Sozialkapital“. Gemeint ist, dass die Bevölkerung sich in Vereinen und anderen Freiwilligenaktivitäten verbindet und so ein Netzwerk erhält, das auf informelle Weise und durch persönlichen Austausch viele Leistungen erbringt. Putnams Gedanke lädt dazu ein, den sozialen Zusammenhalt in der Form der Vereins- und Freiwilligenaktivität zu messen. Das wird auch gemacht, ist aber eher platt. Es gibt, zum Beispiel, Feuerwehren, die nur aus wenigen Familien bestehen. So ein Verein stärkt den Zusammenhalt nur in einem kleinen Teil einer Gemeinde, womöglich zum Nachteil aller anderen. Typisch für selbst organisierte Gruppen oder Vereine – und zwar einschließlich Parteien und Kirchen – ist auch, nur auf eine einzige soziale Schicht oder sogar nur einen kleinen Ausschnitt daraus ausgerichtet zu sein, entweder indem sie nur für diese eine attraktiv sind oder für andere nicht leistbar, oder indem sie andere bewusst ausschließen. Das Vereins- und Freiwilligenwesen ist daher sehr stark durch soziale Segregation geprägt und dient vielfach vor allem dem Zweck der sozialen Entmischung. Man muss darauf basierende Indikatoren des sozialen Zusammenhalts daher unter Umständen gegen den Strich lesen: Viel Vereins- und Freiwilligenaktivität als Zeichen ausgeprägter sozialer Segregation und geringen sozialen Zusammenhalts.

Diskriminierung als Ursache sozialer Ungleichheit

Wenn die Entscheidungsträger in der EU 2001 glaubten, die Häufigkeit von relativer Armut, also das Ausmaß der Ungleichheit, sei eine Bedrohung für den sozialen Zusammenhalt, was glaubten sie dann, wodurch Ungleichheit verursacht werde? Warum beschlossen sie, das Ausmaß der Ungleichheit zu messen, nicht seine Ursachen? Ein Grund ist sicher, dass die Ungleichheit relativ einfach zu messen geht, was weder auf den Zusammenhalt noch auf die möglichen Ursachen des Ausmaßes an Ungleichheit zutrifft. Ein zweiter Grund ist vermutlich, dass überzeugende Erklärungen, warum die Ungleichheit in Großbritannien größer ist als in Schweden, Mangelware sind, und man Angst hatte, eine Debatte über Ursachen würde in Schuldzuweisungen enden. Soziale Ungleichheit neigt dazu, äußerst resistent gegen Änderung zu sein und allen Strukturwandel der Wirtschaft, alle Regimewechsel und selbst Revolutionen zu überleben. Man hätte daher zum einen nach Ursachen in der Vergangenheit suchen müssen, hätte dann aber wenig ändern können. So viel Frustration auf einmal, werden sich die EU Regierungschefs nicht freiwillig antun. Drittens aber ist auffällig, dass der Europäische Rat ungefähr zur gleichen Zeit, nämlich im Jahr 2000, wieder begonnen hatte, Maßnahmen gegen Diskriminierung, die ja als eine Ursache von Ungleichheit in Frage kommt, zu ergreifen. Zum einen wurden im Jahr 2000 zwei Richtlinien gegen Diskriminierung und besonders gegen ethnische Diskriminierung beschlossen, und zwar in Rekordzeit, weil die FPÖ bei den Wahlen 1999 zweitgrößte Partei und anschließend Teil der Regierung geworden war (Perchinig 2009). Später wurden weitere Richtlinien beschlossen, welche die rechtliche Gleichstellung von Drittstaatsangehörigen weiter vorantrieben und die Diskriminierungsmöglichkeiten dadurch weiter einschränkten. Zum anderen hat die Kommission, nachdem sie ab 1988 mit zunehmender Häufigkeit die Wahrnehmung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit und die Meinungen zu Einwanderung und Einwanderern bzw. Einwanderinnen erfragt hatte, in den letzten Jahren begonnen, die regelmäßigen Eurobarometer stärker für die Erhebung der Häufigkeit von Diskriminierungswahrnehmungen zu nutzen (European Commission 2007a, 2008, 2009). Eurobarometer ist eine zweimal jährlich in allen EU Mitglieds- und Kandidatenländern stattfindende Meinungsumfrage. 2009 gaben, zum Beispiel, 63% der Befragten in Österreich an, ethnische Diskriminierung sei ihrer Meinung nach ziemlich oder sehr verbreitet. Das entspricht in etwa dem Durchschnitt der EU27. Nur 39% glaubten, es sei seit 2004 schlimmer geworden, während in allen EU27 zusammen 48% dieser Meinung waren. 16% gaben an, sie hätten in den letzten 12 Monaten erlebt, wie jemand aus ethnischen Gründen diskriminiert worden sei, was der fünfthöchste Wert in den EU27 war (Durchschnitt 12%). Auf die Frage, ob man seine Rechte im Fall von Diskriminierung oder Belästigung kenne, antworteten in Österreich 16% mit ja. Das war der niedrigste Wert in den EU27 und nur halb so groß wie der Durchschnitt (33%) (European Commission 2009). Man darf diese Ergebnisse nicht überbewerten, aber sie zeigen

doch, dass Diskriminierung von Einwanderinnen und Einwanderern oder ihren Kindern kein Phänomen ist, das noch länger unter der Rubrik „schwarze Schafe“ verharmlost werden sollte. Und sie zeigen, dass die Hilflosigkeit im Angesicht von Diskriminierung in Österreich besonders groß ist. Damit sind markante politische Defizite bezeichnet, die sich die Regierungsparteien der letzten Jahrzehnte zu Schulden kommen haben lassen.

Eigene Defizite erklären die größere Armutsgefährdung nur zu kleinerem Teil

Vor 20 Jahren zeigten die Befragten in Österreich eine für Westeuropa ungewöhnlich große Neigung, Bedürftigkeit und Notlagen der Faulheit und Willensschwäche der Betroffenen zuzuschreiben. 35% hielten das für die Ursache, im Gegensatz zu 23% in Westdeutschland oder 15% in den Niederlanden. Österreich befand sich da in der Gesellschaft Italiens, der USA und Kanadas. Ungewöhnlich wenige hielten Armut für ein Ergebnis sozialer Ungerechtigkeit, nämlich nur 24% im Vergleich zu 31% in Westdeutschland oder 36% in den Niederlanden ebenso wie 33% in Nordamerika und sogar 43% in Italien. 23% hielten Armut für ein unausweichliches Produkt des Fortschritts und 14% für individuelles Pech, beides Werte, die nahe beim westeuropäischen und nordamerikanischen Durchschnitt lagen (Oorschot/Halman 2000:11). Das hat sich seither gewandelt. Im Eurobarometer zeigte sich 2009 eine nahezu perfekte Angleichung an den Durchschnitt der EU27. Nur mehr 13% der Bevölkerung schreiben Armut nun der Faulheit und fehlendem Willen zu, während 46% sie der vielen Ungerechtigkeit in der österreichischen Gesellschaft zuschreiben (European Commission 2010:229). Während in den EU27 vor allem die Meinung vorherrscht, die nationale Politik (35%) und unzureichendes Wirtschaftswachstum (32%) seien an der Armut schuld, hält die österreichische Bevölkerung diese beiden Gründe zwar ebenfalls für wichtig (29% bzw 25%), ebenso aber die Verfolgung von Profit (30%) sowie das „globale Finanzsystem“ (30%), die „Einwanderung“ (30%) und die „Globalisierung“ (25%), die letzteren drei quasi nach dem Motto, alles Böse kommt von außen. Das „globale Finanzsystem“ kommt EU-weit nur auf 23%, die „Einwanderung“ nur auf 20% und die „Globalisierung“ auf nur 16% (European Commission 2010:58, 2007b; vgl Lepianka u.a. 2009).

Das sind sehr allgemeine Ursachen für Armut. Spezifischere bietet Eurobarometer den Befragten nicht an. Wenn „Einwanderung“ als Ursache für Armut genannt wird, ist nicht klar, ob damit gesagt sein soll, Einwanderung führe zur Verarmung der vorher schon ansässigen Bevölkerung, oder die Einwanderinnen und Einwanderer selbst seien arm. Es ist auch nicht klar, welche Antwortmöglichkeit jene wählten, die in Mängeln der Bildung oder in der Familiengröße wichtige Ursachen relativer Armut vermuten (Defizitansatz). Die Daten von EU-SILC zeigen, dass das ein Teil der Wahrheit ist, aber nur ein Teil, und anhand der Daten des Mikrozensus lässt sich zeigen, dass es der kleinere Teil ist (Gächter 2010).

Je höher die Bildung, desto geringer der Anteil der Armutsgefährdeten. Dabei kommt es vor allem auf den Schritt über die Pflichtschule hinaus an. Die Bevölkerung mit höchstens Pflichtschulabschluss lebte 2008 zu 22% in armutsgefährdeten Haushalten, aber schon die Bevölkerung mit Lehre oder BmS nur zu 9%. Ein erheblicher Teil der Bevölkerung ohne EU-Staatsangehörigkeit hat Abschlüsse über der Pflichtschule, sodass die Armutsgefährdeten deutlich unter 20% ausmachen sollten. Sie machen aber 30% aus.

Arbeitslose leben zu 38% in Haushalten, die armutsgefährdet sind, Haushaltsführende zu 23%, in Ausbildung Befindliche zu 17%, Pensionistinnen und Pensionisten zu 13%, Beschäftigte zu 7%. Die Arbeitslosigkeit und auch der Anteil der Haushaltsführenden sind bei nicht-EU Staatsangehörigen zwar um einiges höher als bei der übrigen Bevölkerung, aber ein Wert über 20% sollte dennoch nicht herauskommen, geschweige denn die tatsächlichen 30%.

Die Bevölkerung in Ein-Eltern-Haushalten ist zu 29% armutsgefährdet aber eher selten ohne EU-Staatsangehörigkeit. Die Bevölkerung in Mehrpersonenhaushalten mit mindestens drei Kindern ist zu 20% armutsgefährdet, mit zwei oder einem Kind zu etwa 10%, ohne Kinder zu 6%. Die weibliche Bevölkerung in Einpersonenhaushalten ohne Pension ist zu 20%, die männliche zu 16% armutsgefährdet. Auch aus diesem Blickwinkel könnte die Bevölkerung ohne EU-Staatsangehörigkeit allerhöchstens zu 20% armutsgefährdet sein.

Die Übung der drei letzten Absätze könnte man jetzt mit der manifesten Armut wiederholen. Man käme zu dem gleichen Resultat, nämlich dass die erhöhte Armutsgefährdung der Einwanderinnen und Einwanderer von außerhalb der EU bzw EFTA nicht durch geringe Bildung, Arbeitslosigkeit und Haushaltsgröße wegerklärt werden kann.

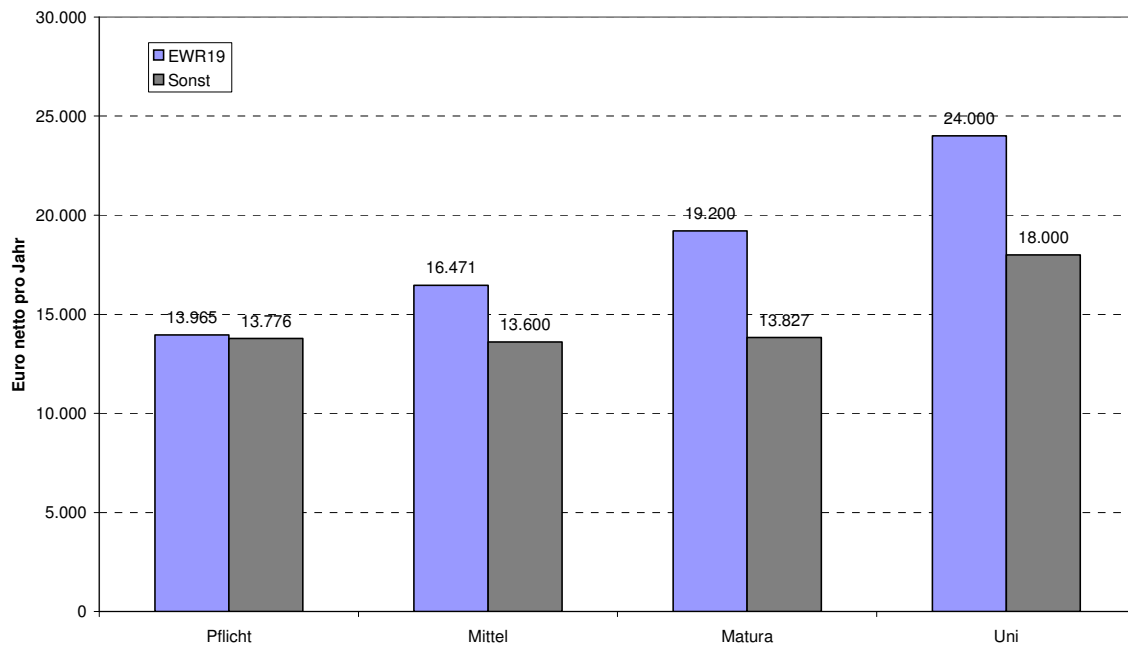
Nicht richtig sein dürfte auch die Vermutung des SILC Teams bei der Statistik Austria, dass die Aufenthaltsdauer sich positiv auf den Wohlstand der eingewanderten Haushalte auswirke (Till u.a. 2009:211). In den SILC Daten selbst ist nur zu sehen, dass „etwa jede zweite Person den Aufstieg über die Armutsgefährdungsschwelle (von einem auf das andere Jahr) schafft“ (Till u.a. 2009:211). Das muss aber nicht heißen, dass diese Person zuvor seit Aufenthaltsbeginn unter der Schwelle der Armutsgefährdung gelebt hat. Einwanderinnen und Einwanderer sind relativ stark um die Schwelle herum konzentriert. So lebte 2008 rund ein Viertel der Bevölkerung mit österreichischer und ebenfalls rund ein Viertel der Bevölkerung mit EU/EFTA Staatsangehörigkeit im Bereich zwischen 40% und 80% des Median des Haushaltsnettoäquivalenzeinkommens, von der Bevölkerung ohne EU/EFTA Staatsangehörigkeit aber rund die Hälfte (Till-Tentschert u.a. 2009b:37). Viel wahrscheinlicher ist daher, dass sie praktisch nach Zufallsprinzip einmal ein wenig über und einmal ein wenig unter der Schwelle liegen, ganz unabhängig von der Aufenthaltsdauer. Auch andere Daten, etwa aus dem Mikrozensus und von der Sozialversicherung, wo man

die Aufenthaltsdauer, im Gegensatz zu SILC, auch tatsächlich erkennen kann, zeigen ebenfalls deutlich, dass die Aufenthaltsdauer keinen beruflichen Aufstieg und kein Aufholen bei den Einkommen mit sich bringt.

Schlussendlich kann man mit den auf Frühling und Sommer 2008 bezogenen Daten von SILC auch zeigen, dass die Bildung der im Ausland geborenen Bevölkerung in Österreich im Durchschnitt nur den Gegenwert eines inländischen Pflichtschulabschlusses hat. Bei in Österreich geborenen Männern betrug das durchschnittliche Nettojahreseinkommen bei einer 40-Stundenwoche etwa €15.400, wenn sie nichts weiter als Pflichtschule absolviert hatten. Je mehr Bildung sie hatten, desto höher war ihr Einkommen. Mit einem Universitätsabschluss verdienten sie im Durchschnitt €29.700 netto pro Jahr. Ganz anders bei im Ausland geborenen Männern. Sie verdienten durchschnittlich zwischen €15.400 und €17.200, also mit Universitätsabschluss um gerade 12% mehr als mit Pflichtschule, sodass mehr Bildung praktisch keinen Nutzen hatte. Bei den Frauen ist es nicht anders, nur auf einem niedrigeren Niveau. Die im Inland geborenen Frauen verdienten 2008 je nach Bildung durchschnittlich zwischen €14.000 und €24.000, die im Ausland geborenen zwischen €13.600 und €13.800, wenn sie Abschlüsse bis zur Matura hatten, und €18.000, wenn sie einen Universitätsabschluss hatten. Auch die OECD hat darauf hingewiesen, dass die im Ausland geborene Bevölkerung in wenigen anderen OECD Mitgliedsländern ihre Bildung beruflich ähnlich schlecht verwerten kann wie in Österreich (Dumont/Monso 2007).

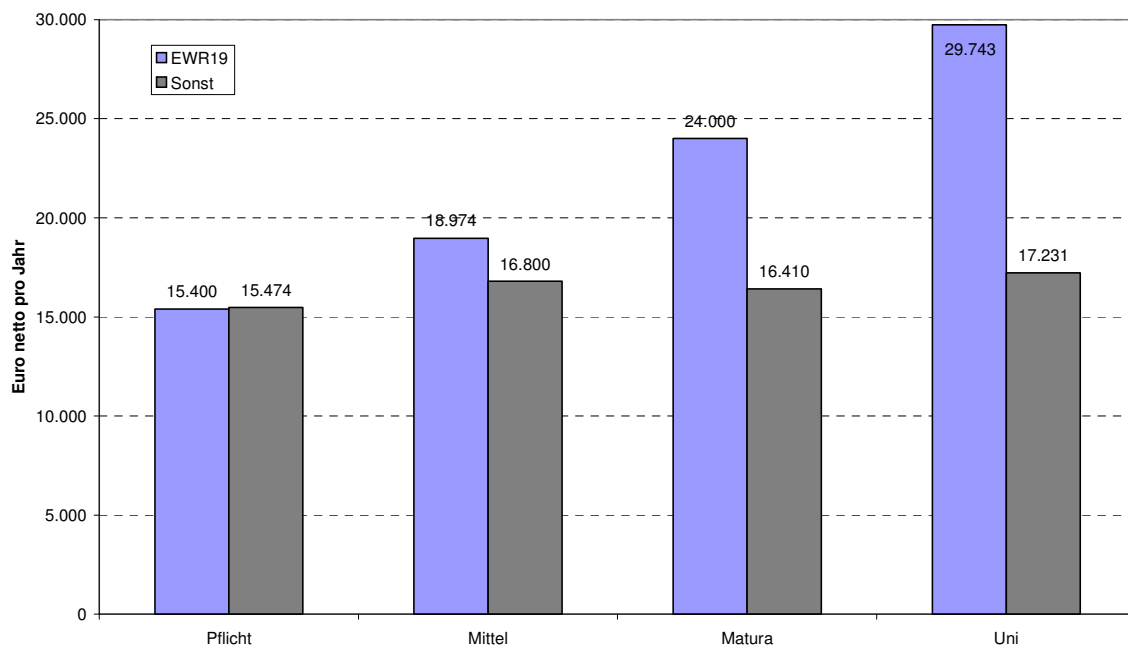
Während also Armutsgefährdung im Allgemeinen ganz klar mit der Bildung, dem Status am Arbeitsmarkt und der Zahl der Kinder und Erwachsenen im Haushalt zusammenhängt, liefert das alles keine hinreichende Erklärung für die hohe Armutsgefährdungsrate der Bevölkerung ohne EU/EFTA-Staatsangehörigkeit. Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut, die sich nur auf Bildung, Beschäftigung und Familienplanung beschränken, werden zwar auch bei der eingewanderten Bevölkerung wirken, würden aber nicht ausreichen. Aller Wahrscheinlichkeit nach ist zusätzlich qualitativ hochwertige Diskriminierungsbekämpfung nötig.

Median des Nettojahreseinkommens der Frauen 2007 bei 40 Wochenstunden, nach Geburtsstaat



Eigene Berechnungen aus dem Mikrozensus der Bundesanstalt Statistik Austria.

Median des Nettojahreseinkommens der Männer 2007 bei 40 Wochenstunden, nach Geburtsstaat



Eigene Berechnungen aus dem Mikrozensus der Bundesanstalt Statistik Austria.

Ausschluss aus der Chancengleichheit

Arme werden von Chancen ausgeschlossen, Ausgeschlossene werden arm, ein Teufelskreis, den die Migrantinnen und Migranten aufgerufen sind, nicht zu durchbrechen. Daran halten sie sich nicht, was ihnen in weiterer Folge als Unbotmäßigkeit zur Last gelegt wird und so als Rechtfertigung für den fortgesetzten Versuch dient, sie im Teufelskreis zu halten. Ein anderer Teil der Rechtfertigung ist „Fremdheit“. Das bietet sich an, wenn jemand zugezogen ist. Damit ist nur gesagt, die Person erfülle nicht alle Voraussetzungen für Gleichbehandlung. Andere Zuschreibungen, die genau gleich funktionieren wie „fremd“, sind „Frau“, „schwul“, „behindert“, „jung/zu alt“, „Unterschicht“ usw. Bei manchen gibt es Steigerungsformen. „Türkisch“ ist zu einer Steigerungsform von „fremd“ geworden, ebenso wie „moslemisch“ oder „Asylant“ das auf ihre Weise sind. Wenn sich mehrere kombinieren lassen, etwa „türkisch“ und „Frau“, dann kann sich das addieren, muss aber nicht immer. Es kann auch das eine hinter das andere zurücktreten oder sich sogar teilweise aufheben (vgl Otten/Matschke 2008:293). Die Steigerungsformen jedenfalls lassen sich nicht verstärkend kombinieren. Norbert Elias (Elias/Scotson 1992) hat seinerzeit den Teufelskreis von Ausschließung, Armut, Ausschließung beschrieben und gezeigt, dass er nicht mit Armut beginnen muss, sondern in der Tat mit Ausschließung beginnen kann, sowie dass die Ausgeschlossenen sich aber eben größtenteils nicht daran halten und sich nicht auf Dauer verarmen lassen. Die Betroffenen tun also selbst etwas gegen die drohende Armut. Teile dieses Widerstands gegen die zugewiesene Rolle sieht man in den Daten sehr gut. Sie arbeiten, zum Beispiel, so viele Stunden wie möglich in welchen Berufen auch immer, um genug zu verdienen, dass der Haushalt über Wasser bleibt. Diese Strategie geben sie teils an die Kinder weiter, wobei die Söhne sie eher übernehmen als die Töchter, die mehr auf Bildung setzen. Andererseits investieren sie in die berufliche Ausbildung der Kinder. Eine andere Strategie ist, sich durch im Inland erworbene Ausbildungsabschlüsse gegen manche Ausschließungstechniken zu immunisieren. Das machen eher jene, die bereits vor dem Zuzug relativ viel Bildung hatten. Bei den Kindern findet sich diese Strategie in hohem Maß wieder. Im Bildungswesen sind die Einwanderinnen und Einwanderer bzw ihre Kinder mit den gleichen Ausschließungstechniken konfrontiert wie am Arbeitsmarkt oder im Wohnbereich. Auch da also müssen sie, wollen sie etwas erreichen, die ihnen entgegengehaltene Regel, dass sie bildungsarm und lernschwach sein müssten, verletzen. Sie können nicht damit rechnen, dass ihre Kinder automatisch ins Gymnasium weitergeleitet werden, sondern müssen das erkämpfen. Das tut, wer rhetorisch dazu befähigt ist. Allen ist das nicht gegeben. Politische Unterstützung dabei gibt es noch wenig. Die Länder und Gemeinden haben in der Folge der ab 1998 rechtlich gewährten Niederlassung begonnen, sich über die Ursachen der Armut und die Hindernisse bei ihrer Überwindung zu informieren. Das hat aber erst nach 2005 an Dynamik gewonnen, steckt also alles noch sehr in den Anfängen. Die Studie von Elias und

Scotson genauso wie die Anlässe in den Gemeinden zeigen, dass die früher schon Ansässigen den Vorteil haben, sich gegenseitig zu kennen und die gesamte soziale Infrastruktur in der Hand zu haben, und sich gegen die neu Zuziehenden zusammentun und die Reihen schließen können, im Glauben, damit etwas wertvolles zu verteidigen. Ob die neu Zuziehenden aus dem Nachbarort sind oder aus einem fernen Staat spielt dabei keine Rolle.

Sicher ist, dass Bildungsausgleich die Ungleichheit nur verringern, nicht beheben würde. Der Grund ist, dass die Ausschließung aus Beschäftigung, Berufen und Karrieren quantitativ das deutlich größere Problem ist als jene aus Bildung. Das Bildungswesen ist zentralisiert, wodurch es benennbare Personen gibt, die über die Ausschließung entscheiden. Am Arbeitsmarkt gibt es das nicht. Zudem gibt es im Bildungswesen eine Rolle der Eltern, zu der es am Arbeitsmarkt nichts Vergleichbares gibt. Allenfalls könnten das AMS und die Arbeitsinspektion stärker in eine solche Rolle gebracht werden, aber das kündigt sich nicht an. In den Betrieben kämen auch die Betriebsräte in Frage, aber sie spielen bisher noch oft eine ambivalente, wenn nicht direkt ausschließende Rolle. In Nordeuropa sind Ombudsstellen eingerichtet worden, um die Fürsprecherfunktion stärker wahrzunehmen, haben aber bis jetzt keine sonderlich starke Hand.

Wenn Diskriminierung eine nicht von der Hand zu weisende Ursache von sozialer Ungleichheit ist, dann muss man sie bekämpfen. Man muss es aber richtig tun, also qualitativ hochwertig, denn falsch verstärkt man die Diskriminierung, statt sie zu mindern.

Literaturangaben

Atkinson, Tony / Cantillon, Bea / Marlier, Eric / Nolan, Brian (2002) Social Indicators: The EU and Social Inclusion; Oxford University Press.

BMASK (2009) Kommentar des BMASK zu den Studien „EU-SILC 2008“ und „Eingliederungsindikatoren“; in: BMASK (Hg) 2009:11-15.

BMASK (Hg) (2009) Armutsgefährdung in Österreich. EU-SILC 2008; Sozialpolitische Studienreihe, Band 2; BMASK <http://www.bmask.gv.at/cms/site/liste.html?channel=CH0104>, 2010-05-08;
http://www.statistik.gv.at/web_de/fragebogen/private_haushalte/eu_silc/index.html#index10, 2010-05-08.

Dumont, Jean-Christophe / Monso, Olivier (2007) Matching Educational Background and Employment: A Challenge for Immigrants and Host Countries; in: SOPEMI 2007:131-159.

Elias, Norbert / Scotson, John J. (1993) Etablierte und Außenseiter; übersetzt von Michael Schröter; Suhrkamp (orig. 1965).

European Commission (2007a) Special Eurobarometer 65.4 Report 263: Discrimination in the European Union [2006]; http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_263_en.pdf, 2010-05-09

European Commission (2007b) Special Eurobarometer 67.1 Report 279: Poverty and Exclusion; http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_279.pdf, 2010-05-09.

- European Commission (2008) Special Eurobarometer EB69.1, Report 296: Discrimination in the European Union: Perceptions, Experiences and Attitudes; http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_296_en.pdf, 2010-05-09
- European Commission (2009) Special Eurobarometer 72.1 Report 317: Discrimination in the EU in 2009; http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_317_en.pdf, 2010-05-09.
- European Commission (2010) Special Eurobarometer 72.1 Report 321: Poverty and Social Exclusion; http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_321_en.pdf, 2010-05-09.
- Gächter, August (2010) Die Verwertung der Bildung ist in allen Bundesländern das größere Problem als die Bildung selbst; in: Oberlechner/Hetfleisch (Hg) 2010:107-150.
- Lamei, Nadja / Till-Tentschert, Ursula (2010) Dauerhafte Armutsgefährdung in Österreich 2004-2007; Statistische Nachrichten 65/1:31-40.
- Lepianka, Dorota / Oorschot, Wim van / Gelissen, John (2009) Popular Explanations of Poverty: A Critical Discussion of Empirical Research; Journal of Social Policy 38/3:421-438 <http://spitswww.uvt.nl/~worschot/>, 2010-05-11.
- Oberlechner, Manfred / Hetfleisch, Gerhard (Hg) (2010) Integration, Rassismen und Weltwirtschaftskrise; Braumüller Verlag.
- Oorschot, Wim van / Halman, Loek (2000) Blame or Fate, Individual or Social? An International Comparison of Popular Explanations of Poverty; European Societies 2/1:1-28.
- Otten, Sabine / Matschke, Christina (2008) Dekategorisierung, Rekategorisierung und das Modell wechselseitiger Differenzierung; in: Petersen/Six (Hg) 2008:292-300.
- Perching, Bernhard (2009) Von der Fremdarbeit zur Integration? (Arbeits)migrations- und Integrationspolitik in der zweiten Republik; Österreich in Geschichte und Literatur 53/3:228-246.
- Petersen, Lars Eric / Six, Bernd (Hg) (2008) Stereotype, Vorurteile und soziale Diskriminierung. Theorien, Befunde und Interventionen; Beltz.
- Putnam, Robert D. (1993) Making Democracy Work; Princeton University Press.
- Sen, Amartya (1999) Development as Freedom; Oxford University Press.
- SOPEMI (2007) International Migration Outlook. Annual Report, 2007 Edition; Paris: OECD.
- Till, Matthias / Eiffe, Franz F. / Datler, Georg / Henke, Justus / Schrittwieser, Karin / Till-Tentschert, Ursula (2009) Indikatoren für das Monitoring sozialer Eingliederung in Österreich; in: BMASK (Hg) 2009:199-303.
- Till, Matthias / Lamei, Nadja / Heuberger, Richard / Kafka, Elisabeth / Datler, Georg (2008) Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus EU-SILC 2006; Statistik Austria http://www.statistik.at/web_de/dynamic/statistiken/soziales/armut_und_soziale_eingliederung/publikationen?id=6&webcat=152&nodeId=311&frag=3&listid=152, 2010-02-22.
- Till-Tentschert, Ursula / Glaser, Thomas / Heuberger, Richard / Kafka, Elisabeth / Lamei, Nadja / Skina, Magdalena / Till, Matthias (2009a) Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus SILC 2008; in: BMASK (Hg) 2009:17-195.
- Till-Tentschert, Ursula / Glaser, Thomas / Heuberger, Richard / Kafka, Elisabeth / Lamei, Nadja / Skina, Magdalena / Till, Matthias (2009b) Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus SILC 2008. Tabellenband; BMASK <http://www.bmask.gv.at/cms/site/liste.html?channel=CH0104>, 2010-05-08; http://www.statistik.at/web_de/statistiken/soziales/armut_und_soziale_eingliederung/index.html, 2010-06-24.

Überarbeitete und ergänzte Fassung eines Beitrags für ein Buch, das Michael Rosecker beim Verein Alltag Verlag, Wiener Neustadt, 2010 herausbringt.